

Lkw-Lawine. Die vom Schwerverkehr geplagten Anrainer an den Bundesstraßen können jetzt auf weitere Fahrverbote hoffen. Das Land sucht Lösungen.

ALFRED PFEIFFENBERGER
THOMAS AUINGER

SALZBURG (SN). Die Bürgerinitiativen, vom Mondseeland über Flachgau und Salzkammergut bis ins Ennstal, verstärken ihren Druck auf die Politik. Sie wollen die „Lkw-Mautflüchtlinge“ von den Ausweichstrecken fernhalten.

Die Salzburger Landtagsparteien haben auf FPÖ-Antrag am Mittwoch einen einstimmigen Beschluss gefasst: Die Landesregierung werde bis Jahresende prüfen, ob auf der B158 (Wolfgangseestraße) und der B154 (Mondseestraße) Lkw-Fahrverbote für Durchzugsverkehr erlassen werden könnten. Regionaler Ziel- und Quellverkehr wäre ausgenommen. Die FPÖ ist mit dem Beschluss zufrieden, hatte aber sofortige Fahrverbote verlangt.

Eine Zusammenarbeit mit Oberösterreich und der Steiermark wird angestrebt. Bereits als so gut wie fix kündigte LH-Stv. Wilfried Haslauer (ÖVP)

eine 7,5-Tonnen-Beschränkung für die Strecke Eugendorf-Thalgau an (ähnlich wie schon bestehende Regelungen im Salzachtal). Sie soll dazu dienen, das Verkehrschaos in Eugendorf, das seit Jahren für Diskussionen sorgt, zu entschärfen. Das Problem: Viele Lkw, die von Thalgauer Firmen kommen, nutzen nicht die dortige Autobahnauffahrt, sondern die in Eugendorf, um sich eini-

ge Euro Maut zu sparen, die für Lkw auf der Autobahn fällig ist.

Für das Salzkammergut forderte Initiativensprecher Silvester Leitner aus Abersee 3,5-Tonnen-Limits für Mondsee-, Wolfgangsee-, Salzkammergut- und Pass-Gschütt-Straße, um den Durchzugsverkehr zu stoppen. Der Mautausweichverkehr sei ins Unerträgliche gewachsen, derzeit aufgrund der Wirtschaftskrise aber geringer.

Deshalb habe es nicht viel Sinn, jetzt Fahrzeugzählungen zu machen. Der Verkehr werde sicher wieder zunehmen. „Wir müssen jetzt handeln.“

Im Fall des Ennstals hat sich der steirische Landtag für ein 7,5-t-Limit ausgesprochen. Die ÖVP stimmte dagegen. Am Zug ist nun die Bezirkshauptmannschaft Liezen, ein Gutachten wird erstellt. Anrainersprecherin Waltraud Mitteregger sieht

„einen Erfolg unseres jahrzehntelangen Widerstands und unserer mühevollen Aufklärungsarbeit“. Das Land könne sich Millionen für einen teuren Straßenausbau sparen. Auch fürs Salzburger Ennstal wird eine Beschränkung geprüft.

Nicht durchsetzen konnte sich die Salzburger SPÖ mit ihrer Forderung nach einer flächendeckenden Lkw-Maut. ÖVP und FPÖ lehnten das ab.

Bild: SNIPICTUREDESK



Fahrverbote gegen Lkw-Transit